Kraftwerk1

Bau- und Wohngenossenschaft

Hardturmstr. 134, 8005 Zürich

044 446 40 60, www.kraftwerk1.ch

Reglement des Solidaritätsfonds

Kraftwerk1

Art. 1 Zweck

Dieses Reglement regelt die finanzielle Hilfe an Bewohner:innen aller Siedlungen von Kraftwerk1 aufgrund des Solidaritätsfonds im Sinne von Art. 23 Abs. 3, Art. 25 Abs. 3 und Art. 33 Abs. 3, Mietzinsfonds der Statuten der Genossenschaft Kraftwerk1.

Art. 2 Grundsätze

Der Solidaritätsfonds besteht aus einem Mietzinsfonds und einem Kapitalfonds.

Der Solidaritätsfonds soll im Rahmen dieses Reglements grundsätzlich allen interessierten Personen dazu verhelfen, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten in einer der Siedlungen von Kraftwerk1 wohnen zu können. Dieses Unterstützungsangebot soll zudem die Möglichkeit bieten, rasch auf Veränderungen der finanziellen Situation der Bewohner:innen zu reagieren, damit auch kurzfristige finanzielle Engpässe überwunden werden können.

Der Solidaritätsfonds besteht nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zum Unterstützungsangebot öffentlicher und privater Institutionen oder zu dessen Überbrückung (Subsidiaritätsprinzip).

Gesuchsteller:innen für Solidaritätsleistungen müssen deshalb im Rahmen des Zumutbaren ihre Bemühungen um alternative und/oder ergänzende Unterstützungsleistungen ausweisen können.

Es können nur so viel Kapitalmittel aus dem Solidaritätsfonds bezogen werden, wie darin einbezahlt worden sind. Damit besteht selbst bei Erfüllen der Voraussetzungen kein Anspruch auf Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds.

Über die Solidaritätsleistungen entscheidet eine unabhängige Solidaritätskommission.

Die Mittel des Solidaritätsfonds werden über Beiträge von allen Bewohner:innen und Betrieben von Kraftwerk1 erhoben. Bei Bedarf werden günstige Darlehen und Spenden beschafft.

Die materielle Verwaltung des Solidaritätsfonds liegt beim Vorstand der Genossenschaft Kraftwerk1. Gemäss Art. 25 Abs. 3 und Art. 33 Abs. 2 der Statuten legt die Generalversammlung den Maximalbetrag für den Kapitalfonds (Fonds zur Reduktion des Anteilkapitals) und den Mietzinsfonds fest. Die Solidaritätskommission kann eine Erhöhung der Mittel beantragen.

Art. 3 Der Mietzinsfonds

Der Mietzinsfonds bezweckt die Verbilligung des Mietzinses.

Bewohner:innen aller Siedlungen von Kraftwerk1 können aus dem Mietzinsfonds Leistungen erhalten, sofern

- ihr Netto-Mietzins einen Drittel all ihrer Einkünfte übersteigt oder sofern diese Einkünfte das Existenzminimum gemäss Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, SKOS nicht übersteigen, wobei sich die Höhe des Grundbedarfes nach dem betriebsrechtlichen Existenzminimum BEX richtet. Massgebend dabei ist das Total der Einkünfte (vor Abzügen) gemäss Steuererklärung.
- der von ihnen anvisierte Flächenbedarf in einem adäquaten Verhältnis zur Personenzahl steht. Massgebend ist dabei das Reglement für die Vermietung von Wohnräumen.
- kein steuerbares Vermögen vorhanden ist, das über dem, von der Besteuerung befreiten Betrag liegt. Massgebend ist das Steuergesetz Kanton Zürich.

Die maximale Solidaritätsleistung beträgt 20% des Netto-Mietzinses.

In begründeten Einzelfällen kann die Solidaritätskommission besondere Unterstützungen sprechen.

Art. 4 Der Kapitalfonds

Der Kapitalfonds bezweckt die Herabsetzung des einzuzahlenden Genossenschaftskapitals, sofern dieses aufgrund der finanziellen Verhältnisse der Bewohnerin / des Bewohners nicht in voller Höhe einbezahlt werden kann.

1/3 des erforderlichen Anteilkapitals muss von den Bewohnenden geleistet werden. Von deren Vermögen, das nach der Zahlung von 1/3 Anteilkapital übrigbleibt, werden Fr. 25'000.- pro erwachsene Person und Fr. 10'000.- pro Kind (bis 16 Jahre, im gleichen Haushalt lebend) abgezogen (Sozialabzug). Der verbleibende Vermögensbetrag muss bis zur Höhe des zu leistenden Anteilkapitals als Anteilkapital eingesetzt werden. Massgebend ist das steuerbare Vermögen, berechnet nach der Steuererklärung Kanton Zürich.

In begründeten Einzelfällen kann die Solidaritätskommission besondere Unterstützungen sprechen, die über eine 2/3-Reduktion des Anteilkapitals hinausgehen.

Art. 5 Vorgehen bei Gesuchen um Solidaritätsleistungen

Personen, die Solidaritätsbeiträge beanspruchen möchten, informieren sich zuerst in einem Gespräch mit der Ansprechperson auf der Geschäftsstelle über die Vor- bzw. Rahmenbedingungen für eine Solidaritätsleistung.

Danach kann ein Gesuch an die Solidaritätskommission gestellt werden. Das Gesuch wird mit dem dafür vorgesehenen Formular der Geschäftsstelle eingereicht. In begründenden Fällen kann z.Hd. einer Mietpartei auch der Vorstand ein Gesuch an die Solidaritätskommission stellen.

Solidaritätsleistungen werden ab Einreichen eines entsprechenden Gesuchs zuhanden der Solidaritätskommission gewährt. In der Regel werden keine rückwirkenden Beiträge ausgerichtet. In begründeten Fällen kann die Solidaritätskommission bis maximal sechs Monate rückwirkend Beiträge ausrichten. Im Gesuch wird die Höhe der beantragten monatlichen Solidaritätsleistung genannt. Dem Gesuch müssen sämtliche Unterlagen beigelegt sein, welche über die finanziellen Verhältnisse der Gesuchstellenden Auskunft geben, wie z.B. Lohnbelege, Kopie der letzten Steuererklärung, Unterstützungsbelege etc.

Es besteht kein Anrecht darauf, das Gesuch den Mitgliedern der Solidaritätskommission persönlich erläutern zu können. Die Kommission ihrerseits kann jedoch die Gesuchsteller:innen zu einem Gespräch einladen und an alternative bzw. ergänzende Unterstützungsmöglichkeiten verweisen.

In begründeten Fällen kann der Vorstand ein Gesuch direkt an die Solidaritätskommission stellen.

Die Leistungsempfänger:innen erbringen jährlich bis zum 31. März den Nachweis, dass sich die Bedingungen für den Bezug nicht relevant verändert haben.

Wenn Unterlagen nicht bis zum vereinbarten Termin eingereicht sind, wird eine Zusatzfrist von 10 Tagen gewährt (bis am 10. April). Wenn bis zu diesem Tag keine Unterlagen eingereicht sind, oder diese verspätet eintreffen, wird eine Bearbeitung ausgeschlagen und die Reduktionen fallen per 1. Juni weg. Bei Bedarf muss ein neues Gesuch eingereicht werden.

Kommt die gesuchstellende Person ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, insbesondere wenn benötigte Angaben nicht gemacht oder eingeforderte Unterlagen nicht eingereicht werden, wird auf den Antrag nicht eingetreten oder die Unterstützung eingestellt.

Art. 6 Solidaritätskommission

Die Solidaritätskommission besteht aus drei geeigneten und wenn möglich fachlich ausgewiesenen Mitgliedern, die nicht in einer Siedlung von Kraftwerk₁ wohnen. Die Mitglieder der Kommission werden von der Generalversammlung der Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk₁ für jeweils zwei Jahre gewählt. Die Amtsdauer ist auf zehn Jahre beschränkt.

Die Solidaritätskommission informiert die Genossenschaft an der Jahresversammlung über die Verwendung der Gelder. Ihre Rechnung wird von einer externen Revisionsstelle kontrolliert.

Die Solidaritätskommission konstituiert sich selbst und sie kann für sich Bestimmungen über das Vorgehen erlassen.

Die Solidaritätskommission ist zuständig für die Behandlung der Gesuche und den Entscheid darüber.

Die Arbeit wird entschädigt.

Der Vorstand hat gegenüber der Solidaritätskommission keine Weisungsbefugnis.

Die Mitglieder der Solidaritätskommission unterstehen der Schweigepflicht. Das Gleiche gilt für den Vorstand und die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle der Genossenschaft.

Die Kommission und die involvierten Mitarbeitenden der Geschäftsstelle verarbeiten die erhaltenen personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen über den Datenschutz.

Art. 7 Entscheid

Die Solidaritätskommission entscheidet im Rahmen dieses Reglements und der vorhandenen Fondsmittel selbständig und unabhängig vom Vorstand der Genossenschaft Kraftwerk₁. Die Solidaritätskommission ist verpflichtet, nicht mehr Mittel auszuschöpfen als im Fonds enthalten sind.

Der Entscheid der Kommission ist endgültig. Vorbehalten bleibt die Möglichkeit eines

Wiedererwägungsgesuchs an die Kommission. Dieses kann erst nach Ablauf eines Jahres eingereicht werden.

Die Solidaritätskommission gibt der Geschäftsstelle und den Gesuchsteller:innen den Entscheid bekannt.

Aufgrund des Entscheides der Solidaritätskommission berechnet die Geschäftsstelle die reduzierte Miete bzw. das reduzierte Anteilkapital.

Art. 8 Veränderung der finanziellen Verhältnisse

Leistungsempfänger:innen müssen Veränderungen ihrer finanziellen Verhältnisse, welche die Anspruchsberechtigung beeinflussen, unverzüglich der Geschäftsstelle zuhanden der Solidaritätskommission mitteilen.

Die Solidaritätskommission überprüft anhand eines neuen Gesuchs, ob die gewährten Leistungen weiterhin berechtigt sind.

Art. 9 Rückforderung von Solidaritätsleistungen

Geht aus einer Überprüfung hervor, dass eine Berechtigung zu Mietzinsreduktionen angepasst oder eingestellt werden müssen, werden die Änderungen sofort, resp. per Einschätzungsentscheid am 1. Juni

gültig. Auf eine Rückforderung wird grundsätzlich verzichtet, ausser der Bezug der Leistungen geschieht mutwillig oder missbräuchlich.

Rückforderungen werden insbesondere auch dann ausgesprochen, wenn Leistungsempfänger:innen ihre Mitwirkungspflichten verletzen oder Solidaritätsleistungen missbräuchlich bezogen haben.

Über die Rückforderung entscheidet die Solidaritätskommission. Für das Inkasso solcher Beträge ist die Geschäftsstelle zuständig.

Art. 10 Abschaffung des Solidaritätsfonds

Der Solidaritätsfonds kann von der Generalversammlung frühestens auf Ende des nächsten Geschäftsjahres abgeschafft werden.

Genehmigt durch die Generalversammlung am 20. November 1999.

Revidiert an den Generalversammlungen vom 1. Juli 2000, 24. Mai 2003, 30. August 2003,

12. Mai 2007, 28. August 2007, 17. Juni 2017 und 7. November 2023.